



ZERSTÖRERISCHE FISCHEREI

Warum schaffen wir es nicht, die Überfischung zu beenden?

Gesunde Meere sind wichtig für uns alle. Doch zerstörerische Fischerei stellt für sie die größte Gefahr dar. Die Industrie und die Politik bringen mit Gier und Intransparenz das Ökosystem Meer in Gefahr.

Millionen von Menschen in Europa und auf der ganzen Welt sind von gesunden Fischpopulationen abhängig. Ob als Lebensmittel oder als Bestandteil von intakten Meeresökosystemen – Fische sind wichtig für die Meere und fürs Klima. Die Hälfte des Sauerstoffs, den wir atmen, stammt aus dem Meer. 30 Prozent des Kohlenstoffdioxids und 90 Prozent der überschüssigen Wärme, die aus der Klimakrise resultieren, wurden von den Weltmeeren bereits absorbiert. Diese Schutzfunktion der Meere gegenüber den Folgen des Klimawandels kann nur aufrechterhalten werden, wenn wir gesunde Meeresökosysteme erhalten. Trotzdem gibt es immer noch viele Faktoren, die unsere Meereswelt negativ

beeinflussen oder gar zerstören. Die Fischerei hat die größte negative Auswirkung auf die Weltmeere.¹ Um diese in Europa zu minimieren, trat 2013 die reformierte Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) der Europäischen Union (EU) in Kraft. Damit verpflichteten sich alle Mitgliedstaaten der EU, die europäischen Fischpopulationen wiederaufzubauen, indem die Überfischung und die Rückwürfe ungewollter Fische auf See bis 2020 beendet werden sollten. Die heutige Situation, sechs Jahre später, ist ernüchternd. Die EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, sind ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen. Die Überfischung und illegale Rückwürfe sind noch immer Realität. Warum?



Paul Einerhand/Unsplash

Fanggrenzen hinter verschlossenen Türen

Die Entscheidung, wie viel Fisch aus den europäischen Meeren gefangen werden darf, wird jedes Jahr für rund 130 Fischpopulationen getroffen. Der Prozess beginnt damit, dass die EU-Kommission den Internationalen Rat für Meeresforschung (ICES) beauftragt, wissenschaftliche Empfehlungen für nachhaltige Fanggrenzen für die kommerziell genutzten Fischpopulationen zu erstellen. Diese stellen die wissenschaftliche Grundlage für den Vorschlag über die Fangmengen für das nächste Jahr dar, den die EU-Kommission ihren Mitgliedsstaaten unterbreitet. Die Mitgliedstaaten legen dann in ihren alljährlichen Ministertreffen (auch AgriFish genannt) die zulässigen Gesamtfangmengen fest. Während der AgriFish-Treffen verhandeln die Kommission und die EU-FischereiministerInnen oft die ganze Nacht hinter verschlossenen Türen. Für die Öffentlichkeit und Umweltverbände wie die Deutsche Umwelthilfe ist kaum nachvollziehbar, welche EU-Länder die Überfischung unterstützen.

Nach EU-Recht sollten alle europäischen Fischbestände maximal nach dem höchstmöglichen Dauerertrag (Maximum Sustainable Yield – MSY) befischt werden. In der Realität wird der MSY als Startpunkt für die Verhandlungen genutzt und nicht als Obergrenze. Bereits im ersten Schritt der Entscheidungsfindung – der Vorschlag der Kommission – wurden die wissenschaftlichen Empfehlungen im vergangenen Jahr in einigen Fällen überschritten. Trotz der rechtsverbindlichen Verpflichtung, die Überfischung bis 2020 zu beenden, wurden die wissenschaftlichen

Empfehlungen letztlich bei mehr als 40 Prozent der Fangbeschränkungen überschritten. Die Transparenz und der Prozess der Entscheidung bei den AgriFish Verhandlungen wurden 2019 von der zuständigen EU-Ombudsfrau untersucht und als mangelhaft eingestuft.² Die Empfehlung an den Ministerrat lautete, dass Dokumente, die über den Entscheidungsfindungsprozess informieren, rechtzeitig öffentlich zugänglich gemacht werden sollten. Bisher ist das nicht passiert.

Verschwendung von Leben

Zu allem Überfluss werden ungewollte Fische, die zu klein oder nicht lukrativ sind, auf See meistens tot oder sterbend zurückgeworfen. Schätzungen aus dem Jahr 2011 zufolge handelt es sich um 1,7 Millionen Tonnen ungewollter Fische und Meereslebewesen in der EU-Fischerei pro Jahr.³ Um dieser Verschwendung von Leben ein Ende zu setzen, trat von 2015 bis 2019 schrittweise das Rückwurfverbot in Kraft. Alle Fische, für die eine Fangquote gilt, müssen nun mit an Land gebracht werden, um sie zu dokumentieren. So soll sichergestellt werden, dass nur die Fische im Netz landen, die auch gewollt sind. Außerdem sollte dadurch der Einsatz selektiver Fanggeräte gefördert werden. Jeder EU-Mitgliedstaat, so auch Deutschland, ist für die Überwachung aller Fischereiaktivitäten und die Einhaltung dieses Rückwurfverbots verantwortlich. Doch die Kontrollen sind nicht ausreichend. FischerInnen, die gesetzeswidrig handeln, müssen somit keine Strafen befürchten. Die Umstellung auf umweltschonendere

und selektivere Fanggeräte hat genauso wenig funktioniert wie Umsetzung des Rückwurfverbotes. Viele Untersuchungen haben gezeigt, dass elektronische Überwachung von Schiffen am besten geeignet ist, um die Fischereiaktivitäten auf See zu kontrollieren. Was bisher fehlt, ist der politische Wille, dies umzusetzen.

Wer sind die großen Fische in Deutschland?⁴

Die gesamte deutsche Fischereiflotte besteht aus insgesamt 1.329 Schiffen. Davon sind 80 Prozent (ca. 1.100 Schiffe) kleine Kutter. Sie machen jedoch nur vier Prozent des Gesamtfangs in der deutschen Fischerei aus.⁵ Im Vergleich dazu besteht die deutsche Hochseefischereiflotte aus nur sieben Industrieschiffen (sogenannte Trawler; das macht ein halbes Prozent der deutschen Flotte aus), die jedes Jahr fast die Hälfte der deutschen Fänge anlanden.

Fünf der sieben Hochseetrawler gehören einem niederländischen Familienunternehmen, Parlevliet & van der Plas (P & P). P & P ist weltweit aktiv und hat in den letzten Jahrzehnten eine aggressive Expansionsstrategie verfolgt. 1986 gründete P & P die erste Tochtergesellschaft in Deutschland. Durch einen effektiven Ausbau ihres Monopols in der deutschen pelagischen Hochseefischerei hat P & P die Kontrolle über einen großen Teil des deutschen Fischereikontingentes übernommen, erzielt mehr als 40 Prozent der Einnahmen aus den angelandeten Fischen der deutschen Flotte und hat einen Jahresumsatz von über eine Milliarde Euro. Im Jahr 2017 verfügte Parlevliet schätzungsweise über 100 Prozent der deutschen Quote für Makrelen und Blauen Wittling und über 64 Prozent der deutschen Heringsquote (sowohl Hering als auch Makrele sind derzeit überfischt).

Die P & P-Flotte erhielt zwischen 1994 und 2006 Subventionen in Höhe von über 37 Millionen Euro von Deutschland und der EU, um ihre Flotte zu modernisieren und die größte Fischverarbeitungsfabrik der EU, Euro-Baltic auf Rügen in Sassnitz, zu errichten. VertreterInnen von P & P behaupten, dass diese Fischverarbeitungsfabrik den lokalen Ostseefischern zugutekommen. Jedoch wird dort fast ausschließlich Hering aus der Nordsee verarbeitet. Die Fischverarbeitungsfabrik verstärkte den politischen Einfluss Parlevliets auf regionaler und föderaler Ebene. Das Unternehmen unterhält enge Kontakte zum Bundeslandwirtschaftsministerium und auch zur Bundeskanzlerin. P & P durfte sogar an der Sitzung des EU-AgriFish-Rates teilnehmen. Hierzu gaben sie sich als PressevertreterInnen aus. Auch bei den für deutsche Fischerei sehr wichtigen Verhandlungen mit Norwegen ist Herr Parlevliet neben IndustrievertreterInnen aus Spanien und Dänemark Teil der EU-Delegation. Umweltverbänden wird seit Jahren der Zugang zu diesen Treffen verweigert. Schätzungen zufolge erzielte P & P in 2017 allein aufgrund der zu hohen Fangquoten in Deutschland zusätzliche Einnahmen in Höhe von 2,6 Millionen Euro für Hering, Makrele und Kabeljau.

Was muss getan werden?

- × Die FischereiministerInnen müssen den wissenschaftlichen Empfehlungen des ICES bei der Festlegung der Fangquoten folgen.
- × Umweltorganisationen müssen die gleichen Zugangsrechte für Fischereiverhandlungen erhalten wie die Industrie.
- × Fischereisubventionen für die zerstörerische Industriefischerei müssen beendet werden.
- × Die deutsche Ratspräsidentschaft muss für mehr Transparenz bei den Fischereiverhandlungen sorgen und sicherstellen, dass alle Dokumente der Kommission sowie der Mitgliedstaaten öffentlich gemacht werden und Live-Übertragungen der Ratsitzungen stattfinden.



Dr. Katja Hockun

Die Autorin ist Projektmanagerin für Meeresnaturschutz bei der Deutsche Umwelthilfe e. V. und koordiniert die Our Fish-Kampagne in Deutschland

- 1 IPBES (2019): Summary for policymakers of the global assessment report on biodiversity and ecosystem services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services.
- 2 Recommendation, Case 640/2019/FP. October 2019 – Institution concerned Council of the European Union <https://www.ombudsman.europa.eu/en/recommendation/en/120761>.
- 3 COM (2011): Commission Staff Working Paper Impact Assessment accompanying the document Commission proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on the Common Fisheries Policy [repealing Regulation (EC) N° 2371/2002].
- 4 Our Fish (2019): From commons to companies: How Germany handed over its fishing sector to Europe's biggest fishing company. <https://our.fish/wp-content/uploads/2020/03/How-Germany-handed-over-its-fishing-sector-to-Europe%E2%80%99s-biggest-fishing-company.pdf>.
- 5 Thünen-Institut: Die Deutsche Fischereiflotte: Wenige Große Und Viele Kleine, <https://www.thuenen.de/de/thema/fischerei/die-deutsche-fischereiflotte-wenige-grosse-und-viele-kleine/>.

RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung

1/2020



VERMARKTETE MEERE

WER VERDIENT AN DER ZERSTÖRUNG DER OZEANE?

FOLLOW THE PLASTIC MONEY!

Wer profitiert von der Verschmutzung der Meere?
› Seite 2

ZERSTÖRERISCHE FISCHEREI

Warum schaffen wir es nicht, die Überfischung zu beenden?
› Seite 12

EIN TECHNOFIX FÜR DAS KLIMA?

Die Interessen hinter dem Geoengineering im Meer
› Seite 23

SEEMANN, LASS DAS TRÄUMEN!

Das Meer als Arbeitsplatz
› Seite 26

ISSN 1864-0982